

# Arbeiterkämpfer

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. drei Haushalte 2,50 RM. (halbenmonatl. 1,25 RM.) durch die Post bezogen monatl. 2,20 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft b. H. Dresden-Alt. / Reichsbahnstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17250 / Polizeidienstamt Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17250 / Zeitschrift: Arbeiter-Zeitung / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Abonnementpreis: Die neuval. gesetzte Kombinationszeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienangelegenheiten 0,20 RM. für die Zeitungsteile aufeinander folgend an den dreitäglichen Teil einer Zeitung 1,50 RM. Abzugs-Abnahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt. Güterbahnhofstrasse 2 / Die "Arbeiter-Zeitung" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 3. Mai 1928

Nummer 103

## Der Griff an die Gurger

Erdrosselungsangriff auf die Metallarbeiter / Verbindlichkeitserklärung des Manteltariffs / Der Hauptvorstand fordert vom Reichsarbeitsminister die Verbindlichkeitserklärung aller Schiedssprüche / Neues Schlichtungsverfahren am Freitag

### Heraus zur Gegenwehr!

Die Dresdner Volkszeitung meldete gestern kurz und kompromisslos:

"Amtlich wird mitgeteilt: In den Nahostreitigkeiten in der höchsten Metallindustrie hat der Reichsarbeitsminister im öffentlichen Interesse ein neues Schlichtungsverfahren eingeleitet. Die Verhandlungen finden Freitag den 4. Mai, vormittags 11 Uhr, im Reichsarbeitsministerium, Berlin NW 40, Scharnhorststraße 35, statt.

Der Streit um die Erneuerung des Manteltariffs hat durch Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs vom 24. März seine Erledigung gefunden.

"Amtlich wird mitgeteilt: das heißt der Metallarbeiterverband teilt der Volkszeitung mit, am Freitag werden neue Verhandlungen stattfinden. Ein neuer Schiedsspruch wird gefällt werden, möglich, daß man noch einen Wettbewerb auf die bisherigen Gute zuläßt. Die Forderungen der Metallarbeiter wird man nicht bewilligen. Nach den Verhandlungen am Freitag wird sich die Verbandsführung bemühen, schnellstens die Verbindlichkeitserklärung folgen zu lassen.

Die Verbindlichkeitserklärung des Manteltariffs ist erfolgt, damit ist für die Gewerkschaftsbürokraten die Plattform für die geplante Verbindlichkeitserklärung gegeben. Bisher stützen sich die Gewerkschaftsführer darauf, daß juristisch die Möglichkeit der Verbindlichkeitserklärungen nicht gegeben sei, weil noch kein Manteltarif bestiehe. Jetzt ist dieses juristische Hindernis gefallen, das bedeutet, daß bald alle Forderungen der Metallarbeiter durch die Schlichtungskommission erledigt werden. Den lämpenden Metallarbeitern droht höchste Gefahr. Der Kampf um den Manteltarif ist erledigt, erklärt die Gewerkschaftsführung. Der Manteltarif ist aber für die Metallarbeiter von besonderer Bedeutung, regelt er doch die Arbeitszeit, die Ferienfrage, die Auffordereitung, enthält er vor allen Dingen die Prozententabelle, nach der eine follose Differenzierung der Metallarbeiter besteht. Hierin werden noch insbesondere die Frauen getroffen. Der neue Manteltarif bringt aber absolut keine wesentlichen Verbesserungen. Einige kleine unbedeutende Tendenzen haben wir im Untergang der Bewegung schon aufgezeigt. In der Gesamtlage wird dadurch nichts geändert. Dafür werden die Arbeiter aber an diesen Tarif für ein ganzes Jahr gebunden. „Der Kampf um den Manteltarif ist erledigt.“ Nun merkt es der Notiz in der Volkszeitung an, die Bürokraturen nennen auf. Der Streit der Metallarbeiter war ihnen unbehaglich, sie wurden aus ihrer Ruhe aufgeweckt, dieser Kampf paßt nicht in das Wahl- und Regierungsprogramm der SPD und der reformistischen Gewerkschaftsführer.

Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen, bei man bisher mit den Nutzen gefunden, durch die auf einem erfolgenden Verbindlichkeitserklärung von 4 Schiedssprüchen, gegen die die breite Masse der Metallarbeiter sich mit Empörung wendet, die Bewegung abzuwürgen.

Jetzt wählt den Bürokraten die Bewegung zu sehr über den Kopf. Täglich kommen aus den Betrieben die Stimmen gegen das Schlichtungsverfahren, für die Fortführung des Kampfes, Verbindlichkeitserklärung. Die ständig wachsende Kampfbereitschaft, die Radikalisierung der Metallarbeiter ist den Bürokraten, ist der SPD unbehaglich. Deswegen drängen sie jetzt auf möglichst schnelle Abwürgung.

Es steht fest, daß vorige Woche Gründung und ein weiterer Bereich des Hauptverbandes bei dem Arbeitsminister waren und von diesem die Verbindlichkeitserklärung gefordert haben.

Während die Metallarbeiter kämpften, sich zu weiteren Zusammenkünften rüsteten, begann die Bürokraten schwärmenden Vertrag, verlangte die Abwürgung der Kämpfe.

Kapitalistenschicht, Verzüge führen die Arbeiterschaft.

Die Arbeiter müssen die Verbindlichkeitserklärung dieses Manteltarifs entschieden zurückweisen, sie dürfen auf keinen Fall vor diesem Schlag kapitulieren.

Auch der Kampf um den Manteltarif muß weitergehen.

„Der Griff an die Gurger des Staates“ schrieben die sozialdemokratischen Zeitungen, als die Bürokratieschicht die Stilllegung der Hüttenwerke antänderten. Wir sagten den Arbeitern: die SPD-Presse fügt nicht an die Gurger des Staates geht der Griff, sondern an die Gurger des Proletariats. Jetzt folgt auch hier, auch für die ländlichen Metallarbeiter, wenn die Hand an die Gurger gelegt wird. Die Arbeiter sollen zu Schandbemerkungen zurück in die Betriebe.

Die Bürokraten, die vor dem Arbeitsminister die Abwürgung fordern, so zögern und unterminieren die Arbeiterschaft.

Arbeiter. Sie erhielten die Genehmigung zur Arbeitsaufnahme in einzelnen Betrieben. Schon teilten wir solche Verleihungen der Front aus Dresden und Leipziger mit. Jetzt kommt aus Chemnitz die gleiche Mitteilung. Bei der Firma Lempold u. Sonnenberg in Wittenberge wurden die Arbeiter aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Verbandsangestellte Böckert empfahl den Arbeitern, die Arbeit zu den Bedingungen des Schiedsspruches wieder anzunehmen.

So ist jetzt schon ganz klar, die Gewerkschaftsbürokraten führen bewußt die Niederlage der Arbeiter herbei.

Die gesamten Metallarbeiter müssen mit aller Entschiedenheit gegen diese Praktiken der reformistischen Führer Stellung nehmen. Denn es wird auch jetzt klar, die Generalausperrungsandrohung der Unternehmer liegt in der Linie der Zusammenarbeit zwischen Unternehmer, Reichsarbeitsminister und Gewerkschaftsführer.

Zerbrecht die Schlichtungskommission! Kämpft weiter trotz der Verbindlichkeitserklärung.

**Kampfbereitschaft der Arbeiter**

Während die Gewerkschaftsführer alle Mitteln springen lassen, um den Kampf der Metallarbeiter abzuwürgen, nehmen die Arbeiter in immer breiteren Massen Stellung für die Weiterführung des Kampfes trotz Verbindlichkeitserklärung. Immer mehr Betriebe erklären sich mit dem Beschluss des Lümbacher Ortskampfes solidarisch. Wir veröffentlichten schon einige Entschließungen aus Dresdner Betrieben. Heute und morgen werden weitere Entschließungen folgen.

In Chemnitz hatten sich bis Ende voriger Woche 19 Betriebe mit 9000 Arbeitern für den Kampf trotz Verbindlichkeitserklärung.

zung ausgesprochen. Weitere Betriebe sind gefolgt. Unter den Betrieben, die sich für den Kampf ausgesprochen haben, befinden sich folgende:

Schabetz u. Solzer (Chemnitz), Hamel AG (Chemnitz) und Karl Liebknecht (Oberlungwitz). Ebenso haben die Straßenbahner in Chemnitz eine Entschließung, den Kampf der Metallarbeiter zu unterstützen.

Weitere Erklärungen zur Fortführung des Kampfes nahmen an: Die Belegschaft des Völkergewerkes und die Belegschaft der Sächsischen Maschinenfabrik (Hauptwerk).

Die Zimmerer der Zahnstielburg-Burgkstadt erklärt sich bereit, einen

**Gewerkschaftstag** zur Unterstützung der Kämpfenden zu zählen.

Im Leipziger Bezirk führten die Arbeiter der Schiegeschwerke den Beschluss auf Weiterführung des Kampfes.

### Die Gemeindarbeiter unterstützungsbereit

Die Vertrauensmänner des Elbt-Werkes sprechen den ergespannten Metallarbeitern die volle Sympathie aus. Die Vertrauensmänner fordern von ihrer Organisation, den Metallarbeiterverband im gegebenen Moment tatkräftig finanziell zu unterstützen.

### Resolution

Die Belegschaft der Baugenossenschaft zu Dresden spricht den im Kampf stehenden ländlichen Metallarbeitern ihre warmste Sympathie aus. Sie erklärt sich bereit, den Kämpfenden jedenfalls beizustehen, um die gewaltige Auseinandersetzung in der Metallindustrie zugunsten der Arbeiter abzuschließen. Die Belegschaft fordert von den verantwortlichen Verbandsleitungen Maßnahmen, um die Mindestforderungen der Metallarbeiter unter Mithilfe der organisierten Arbeiterschaft selbst gegen anrüngliche Schiedssprüche durchzuführen. Es lebe die Solidarität der Arbeiterklasse!

Diese Resolution wurde gegen 27 Stimmen bei einer Belegschaft von 75 Mann angenommen.

## Dem Massensturm erlegen

Eine Niederlage Kendells / Jetzt verstärkte Kampfbereitschaft / Die Verbote der Gruppen und Gauen des Roten Frontkämpferbundes in Vorbereitung / Nur verstärkter Massendruck schlägt die Reaktion

Leipzig, 2. Mai.

Dem Reichsinnenminister ist vom 4. Strafgericht des Reichsgerichts heute folgendes Telegramm zugegangen:

„In Sachen Rotfrontkämpferbund hat das Reichsgericht, Befehl Strafgericht, heute beschlossen:

1. Die Weigerung der Landeszentralbehörden, dem Erlassen des Reichsinnenministers vom 16. April 1928 auf Verbot und Auflösung des gesamten Rotfrontkämpferbundes, der Roten Marine und der Roten Jungfront mit sämtlichen Ortsgruppen nachzukommen, ist begründet;

2. Die Kosten des Verschagens werden dem Reich ausgerichtet;

Der Senat hält die Voraussetzungen des § 128 des Reichsstraheitsgesetzes für den gesamten Rotfrontkämpferbund und sämtliche Ortsgruppen nicht für erwiesen. In Frage kommen nur Einzelverbote für bestimmte Ortsgruppen oder Gauen, bei denen jener Beweis vorliegt. Solche Verbote stehen heute nicht zur Entscheidung des Gerichts. Nähtere Begründung folgt.

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes schwächt die Geltung des Verbots des RFB nicht ab. Durchgeleitet hat sich lediglich der Standpunkt Stresemanns, der auch in dem bekannten Antrag des Zentrums in der Sitzung des Überwachungsausschusses zum Ausdruck kam, daß das Verbot vor den Wahlen nicht zweckmäßig ist. Die Arbeiterschaft wird sich durch die Entscheidung des Staatsgerichtshofes nicht täuschen lassen und in ihren Anstrengungen zur Verteidigung des Roten Frontkämpferbundes nicht erlahmen. Jetzt erst recht müssen die Betrieb und alle proletarischen Organisationen sprechen.

Der Beschluss des Staatsgerichtshofes ist das gleiche demokratische Manöver, wie der Einbruch der 16. Länderegierungen. Die Arbeiterschaft muß immer mehr erkennen, daß der entcheidende Feind eben die sich demokratisch gebildende Staatsgewalt ist, die verzucht, die Massen zunächst über ihre wahren Absichten zu täuschen, um im geeigneten Moment um so brutaler zu fassen.

Die Sozialdemokratie verfolgt die alte Taktik: den Massensturm gegen das Verbot des RFB sucht sie aufzuzeigen mit dem Hinweis auf die Aktion der demokratischen Länderregierungen. Jeder Massenmobilisierung fällt sie in den Yrm. So ließ Ulrich in der Versammlung der DGB-Funktionäre des DBB am vergangenen Freitag eine Abstimmung über eine Entschließung gegen das Verbot des RFB nicht zu, so erwähnte der Sprecher des DGB bei der Mainanprache auf der Treptower Wiese in Berlin zu den hunderttausend Versammlungsteilnehmern sein Wort vom Verbot des RFB. Der sozialdemokratische Innenminister aber bereitete das generelle Verbot durch das Verbot der Orgelgruppe Dortmund und andere Orgelgruppen des RFB vor, er ließerte dem Staatsgerichtshof Material zum Verbot, die preußische sozialdemokratische Koalitionsregierung verzichtete auf jede Begründung ihrer Beschwerde beim Staatsgerichtshof und die sozialdemokratische Fraktion führt den gleichen Lügenfeldzug gegen den RFB wie die Organe des Hakenkrebs.

Der Vorwärts führt heute kein Plan über weiter. Er schreibt unter anderem:

„Die preußische Staatsregierung hat sich schändlich vor das Recht gestellt. Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes unterstreicht, was jeder politisch einleuchtende Deutsche längst weiß: die preußische Staatsregierung unter sozialdemokratischer Führung ist die lebendige Garantie der demokratischen Rechte... Die Freiheit in der Demokratie, das Recht des Staatsbürgers ist geschützt worden auch für die Kommunistische Partei und ihre Organisationen, von denen die Sozialdemokraten für ihr Eintreten für die demokratischen Rechte von den Kommunisten wütend beschimpft und dreißig verleumdet werden.“

Nun, die revolutionären Arbeiter wissen, wie die SPD für die Rechte der Arbeiter, für die politische Freiheit einztritt. Jedenfalls Gummipinelli, die RFB-Verbote durch den sozialdemokratischen Innenminister sind Beweis genug.

Durch diese üble Heuchelei und Demagogie werden sich die Arbeiter nicht täuschen lassen.

Jetzt gilt es alle Kraft anzuspannen, um die Reaktion zu widerstreiten.

Am 20. Mai nimmt die Rote Front für die Kommunisten

zu Wittenberge marschiert Rotfront in Sachsen

## Der Zentrale-Prozeß verläuft

„Da sich die Angeklagten nach Moskau begeben hätten“

Berlin, 3. Mai. (Eig. Drahtmeldung.)

Wie uns aus Leipzig gemeldet wird, hat der 4. Strafgericht des Reichsgerichts den für den 9. Mai angelegten Zentralprozeß vorläufig vertagt, „da sich die Angeklagten nach Auflösung des Reichstags nach Moskau begeben hätten“. Dagegen soll am 4. Mai Verhandlung gegen den Angeklagten Otto Braun und Genossen wegen Vorbereitung zum Hochverrat stattfinden, obwohl die Hauptangellagten Otto Braun und Olga Benario noch nicht wieder verhext werden konnten.

## Mordanschreiter gegen Arbeiter können frei ausgehen

Stettin, 3. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

In der geführten Verhandlung des Stettiner Gemeinodesprozesses beschloß das Gericht, die Zeugen Kochbach, von Bodungen und Richter nicht zu vereidigen, weil sie dringend der Anklage des Mordes an Schmidt verdächtig sind. Trotz dieser gerichtlichen Feststellung werden genannte Zeugen im Einverständnis mit dem Staatsanwalt entlassen, der keinerlei Macht habe zu verhexten. Es folgte dann die Verleugnung einzelner Gerichtsurteile, und zwar zunächst gegen Ober-Lindmeier und Heldwehr Bösch, die beide in Ghien nach der Niederschlagung der Roten Armee 2 Arbeiter auf die bloße Denunziation von Einwohnern hin verhext und erschlagen haben. Heute, Donnerstag, beginnt das Plädoyer des Staatsanwalts.

## Abruch der Schlichtungsverhandlungen im Metallarbeiterkampf in Hannover

Hannover, 3. Mai. (Eig. Drahtmeldung.)

Im Hannover sind 15 000 Metallarbeiter ausgespielt. Die Metallindustriellen haben beim Schlichter Einleitung eines Schiedsverfahrens beantragt. Da der Hannoversche Schlichter als gen unter dem Druck der Arbeiterschaft eine Erledigung abgegeben, außerster Reaktion bekannt ist, haben die Gewerkschaftsleitungen man an einem Schiedsverfahren beim Hannoverschen Schlichter nicht teilnehmen würde. Die Verhandlungen sind vorerst ergebnislos abgebrochen worden.

## Die Metallindustriellen festigen ihre Front

Berlin, 3. Mai. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Vorstand des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller hat in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Arbeiterverband der Nordwestgruppe beschlossen, das sächsische Metallarbeiterfinanz zu unterstützen. Weitere Maßnahmen — Gesamtversicherung — durch die deutschen Metallindustriellen sollen in Angriff genommen werden, wenn die vom Reichsministerium auf Freitag den 4. Mai geplanten Schlichtungsverhandlungen zur Beilegung des sächsischen Metallarbeiterkampfes nicht zu Zuständigkeit der Metallindustriellen ausfallen.

Man vergleiche damit die lärmvolle verräterische Haltung der reformistischen Gewerkschaftsführer.

## Stettin! Bela Kun!

Ungarische Geheimorganisationen bereiten gewalttägiges Haus Bela Kunns vor — Die „fausttreuen Verbände“ fordern Auslieferung oder Krieg

Wien, 3. Mai. (Inprekof.)

Die ungarische Regierung hat an Österreich den Antrag auf Auslieferung des Genossen Bela Kun ge stellt. Es sind Gerüchte in Umlauf, daß eine Geheimorganisation in Ungarn beschlossen hat, Bela Kun zu holen und den ungarischen Behörden auszuforschen.

Oskar Wolf, der Führer der sogenannten fausttreuen Partei Österreichs, hat der ungarischen Befehlshaberschaft in Wien ein formelles Memorandum überreicht, das Ungarn auffordert, im Falle der Nichtauslieferung Bela Kunns Österreich den Krieg zu erklären und baldigst mit Truppenmacht Österreich anzugreifen.

Der Zentralausschuß der KP der Tschechoslowakei hat eine Entschließung angenommen, in der die Freilassung Bela Kunns gefordert und das Proletariat aufgefordert wird, bereit zu sein, die Auslieferung zu verhindern.

Der deutsche Reichstagsabgeordnete Kurt Rosenfeld ist in Wien eingetroffen, um dem Untersuchungsrichter Einsicht in die Akten zu nehmen. Er hatte ferner eine Unterredung mit dem Justizminister, der erklärte, daß seiner Ansicht nach die Auslieferung Bela Kunns auf Grund der österreichischen Gesetze nicht in Betracht komme. Offizielle Beschlüsse hat die österreichische Regierung noch nicht gefaßt.

Die Arbeiter dürfen sich nicht täuschen lassen. Sie müssen bereit sein, die Auslieferung mit allen Mitteln zu verhindern.

## Massenverhaftungen in Paris

Paris, 3. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Das Polizeipräsidium teilt mit, daß am 1. Mai in Paris und den Vorstädten 165 Verhaftungen vorgenommen worden sind, unter den Verhafteten befinden sich zwei kommunistische Stadträte.

## Feste Front der Gußstahl-Hüttenarbeiter

Gußstahlhütte Pöhlitz. Die Direktoren der Gußstahlhütte versuchten, die Kampffront der Kollegen zu zerstören. Das verliefen sie zu vollbringen, indem sie von der Streikleitung zu den bisherigen Rostandsarbeitern nicht weniger als zirka 300 weitere Rostandsarbeiter anforderten. Nach der Begründung der Direktion sollen verschiedene Reparaturen und Umbauarbeiten getan werden. Dabei handelt es sich um Reparaturen, die bereits längst vor der Auspeisung erforderlich waren und geleistet werden könnten. Dieser Auslasten lehnte jedoch die Belegschaft entschieden ab, da sie die Tätsch der Direktion, die auf eine Verbreitung der Kampffront abzielte, erkannte.

Für die Kollegen ist dabei von besonderem Interesse das Verhalten des „altbewährten Gewerkschaftlers“ (?), des Sozialdemokraten Pöhlitz, als Betriebsrat und Obmann des DMR. Obwohl in der um 2. Mai vormittags stattgefundenen Funktionsnominierung die Rostandsarbeiter abgelehnt wurden, hielt dieser sozialdemokratische Betriebsrat es für erforderlich, sich mit allen Kräften für die Ausführung der von der Direktion geforderten Rostandsarbeiter bei der Belegschaft einzusezen. Dieses unerhörte Verhalten erhielt die Krone aufgelegt, als man beschloß, die Belegschaft dadurch kriminell zu beinhalten, indem man mitten in die Diskussion das Adörferchen des Generaldirektors. Wie bekannt gab Pöhlitz höchstens darüber, daß die Kollegen zur „Chrebetzung“ und Zustimmung für die Direktion zu veranlassen. Als die Arbeiter diese Mitteilung über den Tod ihres Ausbeuters höhnisch lachend aufnahmen, schlägt Pöhlitz, die Kollegen hätten eben keine Bildung. Und dieser Pöhlitz nennt sich noch Mitglied des DMR, der in seinem Statut vom Klassenkampfcharakter der Organisation spricht. Auch hier zeigt sich deutlicher denn je, daß die Reformisten des DMR — deren ein prominenter Vertreter Pöhlitz ist — in der Praxis handertpraktisch für die Arbeiterschaftsgemeinschaftspolitik des ADGB sind. Auf die Stellungnahme der Belegschaft erklärte Pöhlitz: „Gestern (1. Mai) waren wie doch alle eins.“ worauf ein SPD-Kollege daraufhin rief:

## Der vertragte Rahmig-Prozeß

Die Korruption in der SPD — Kampf am Reichstagsmandat — Die Deportation des ehemaligen Bezirksvorstandes Arzt — Schirmers Interesse an der Vertragung — Sonderbare Schreibweise in der SPD

Gestern Abend vor dem Dresdner Landgericht der Prozeß gegen den ehemaligen Unterbezirksleiter des Unterbezirksamt des SPD-Kreises war beendet. Zu dem Gestrafen steht der Geschworenen wurde bekannt, daß der Prozeß auf belasteten Wunsch des Abg. Schirmer, jetzt wieder Reichstagsabgeordnete der SPD für Dresden-Pauken, vertragt sei. Uns war es sehr interessant, die Gründe dieser Vertragung genauer zu erläutern. Als wir es sagten, die SPD dienen Prozeß jetzt vor den Wahlen nicht gern aufzuhalten wollte. Dann blieb aber unverständlich, weshalb man kurze Zeit vorher jedoch Rahmig mit viel Rost fallen ließ und die Anzeige gegen ihn erließte. Unser Berichtsschreiber hat sich dann einige Mühe gegeben, um die Zusammenhänge zu erläutern. Das Ergebnis wird ein bezeichnende Richter auf die jährlichen „radikal“ führt der SPD.

Rahmig war früher lange Jahre Sekretär der SPD im Kreisamt Lüdenscheid. Er ist dem Arbeitern als ein radikaler Linker ebenfalls bekannt. Im Jahre 1921 und auch einmal später, wollte er sogar zur KPD übertrittet. Nun wieder aber bewies er schnell zurück in das Lager der SPD. Seit dem Jahre 1925 hat Rahmig nun nach und nach kleinere und wohl auch größere Verträge aus der Partei laufen entwendet. Der Gesamtbetrag des unterbeschuldigten Summe läuft sich auf 6000 RM. Diese Geschichte diente vor einiger Zeit, dadurch in die Öffentlichkeit, daß zuerst das Kreisamt Tageblatt hierüber Mitteilungen veröffentlichte. Es wurde dann weiter das Gericht verdeckt. Rahmig ist mit weiteren 4000 RM über die Grenze geflüchtet. Wie wir jetzt durch einen gut unterrichteten Vertrauensmann erfahren, liegen die Zusammenhänge wesentlich anders. Das erste Aufzeichen der Frage und auch die jetzige Vertragung des Prozesses hängen zusammen mit der Aufführung der sozialdemokratischen Kandidaten für die Reichstagswahl mit dem Mandatstreit und der Entfernung des bisherigen Vorsitzenden des Landesausschusses. Am 1. Mai.

Die Unterschlagungen Rahmigs sind an sich schon eine Tatfrage, die die Lage in der SPD kennzeichnen. Wie wir aber nun erläutern, hat Rahmig, als die Unterschlagungen bekannt wurden, mit dem für Kreisamt wegbewohnten Vorsitzenden Schirmer eine Unterredung gehabt. Hierbei wurde der Vorwurf erörtert, daß die Frau Rahmig für die unterbeschuldigte Summe mit ihrem Vermögen habe, daß auch Rahmig verüben werde, Geld von Verwandten aufzutreiben. Rahmig fuhr dann nach Westfalen, um den notwendigen Amt zu holen. Während er aber noch auf Seiten war, erhielt die Post in dem Kreisamt Tageblatt, durch die die Alte bekannt wurde und eine sozialdemokratische Volksstimme hörte. Die Arbeiterschaft erfuhr wieder einmal, von welcher Qualität die sozialdemokratischen Führer sind.

Wer hat nun dem Kreisamt Tageblatt die Mitteilung zu geben lassen? Das blieb bisher unbekannt. Hier aber lag für unseren Berichtsschreiber die wesentliche Frage, denn hier mugten die Zusammenhänge mit dem jetzigen Verlogungsantrag liegen.

Es könnte sich dabei nur um interne Angelegenheiten der SPD handeln. Doch einigen Nachfragen erfuhrn wir dann folgendes: Zuerst erhielten wir bestätigt, was wir schon seit langerer Zeit immer wieder selbst angebaut hatten, in der jüngsten SPD besteht eine starke Mißstimmung gegen Arzt. Die Landesleistungsmittel der Landesauschusmitglieder nicht recht, gegen Arzt vorzugeben, weil ja alle anderen auch nicht gerade fest auftreten konnten.

Im Februar n. J. mochte dann die Groß-Dresdner Organisation einen Vorstoß, um Arzt als Landesleiter loszuwerden. Damals benutzte man als Angriffsbasis ein Huldigungsgedicht der Kaiserin Auguste, das Arzt während des Krieges verfaßt hatte. Auch diesen Angriff vermochte Arzt abzuwehren.

Ein neuer Vorstoß erfolgte, als Vorstoß des Landesausschusses Leipzig zu bestimmen. Auch dies wurde aus bestimmten Gründen abgelehnt. So blieb denn, um Arzt, der jetzt langsam festgestellt ist, loszuwerden, nur seine Verziehung nach Berlin. Dazu war das einzige und beste Mittel, die Reichstagswahl. Laut preist man aber die Kandidaten der Liste als die besten Männer, die die Arbeiterschaft wählen können.

Mit dieser Deportation ist dann auch verbunden die Entfernung von Arzt von seinen Positionen. Schon vor einem Jahr sollte Arzt von dieser Position verschwinden. Er hat damals, man sollte ihm ein Jahr Zeit lassen, dann würde er Gründe finden, selbst zurückzutreten. Da dies aber trotzdem von Arzt auch dieses Jahr nicht geschah, schob man ihn mit dem Reichstagsmandat ab. Dabei erklärte er dann seinen Rücktritt von seinem Posten als Vorsitzender.

„Aber heute bist du es nicht mehr!“ Nachdem Pöhlitz endgültig sein Spiel mit der Direktion verloren hatte, erklärte er zu den Kollegen, die sich früher über mangelnde Unfallversicherungsmöglichkeiten beschwert hatten, die die Direktion nebenbei jetzt erst mit erledigen lassen wollte: „Ein Luder soll mir noch kommen und sich beschweren...!“

Wie lange werden die Kollegen noch das Gehähne Pöhlitz dulden?

## Erhöhung der Kohlenpreise

Ein neuer Raubzug auf die Taschen der Arbeiter

Berlin, 3. Mai. (Eig. Drahtmeldung.)

Die geistige Sitzung des Reichskohlenrates beschloß, den Kohlenpreis durchschnittlich um 1 Mark pro Tonne zu erhöhen.

## Der Wahlkonds der SPD ist eine Waffe, den Gegner zu schlagen

Flugblätter, Aufklärungsärtikel, Handzettel, Plakate müssen zeigen, daß die Bürgerblätterfeinde des Proletariats, die Reaktionären Helfer der Reaktionäre sind. Die Landtagsfraktion überwies dem Wahlkond 300 M., die Dresdner Stadtverordnetenversammlung 150 M., die Straßenbahnenverwaltung 100 M., die Polizeipolizei 50 M. Genossen, Genossinnen, startet den Wahlkond.

Sammelt Wahlplakate.

die Stelle packen, die wenig aussichtreich war. Einer aus der bisherigen Rolle des Mandatshabers mußte ausscheiden. Die meiste Aussicht zu fliegen, hatte von den bisherigen Mandatshabern Schirmer. Die SPD-Führer u. Funktionäre waren darüber einig, daß der jetzige ist, der von den begrenzten Möglichkeiten aller, die allermengsten aufzuweisen hat. Dann war nicht ganz unbekannt geblieben, daß die Birmaer SPD-Funktionären Herrn Schirmer auch gerne überreden, daß er oft auftauchte, die SPD fortspierte. Immer noch waren Zweifel darüber, weshalb Schirmer keinen Posten, den er als Leiter einer Zweigstelle des Konsumvereins innegehabt, so schnell verlassen mußte.

So kam ihm dann der Fall Rahmig wohl gerade recht, um seine Würdigkeit für ein Reichstagsmandat zu beweisen. So berichtet uns unser Berichtsschreiber, daß man vor den Wahlen auch von Seiten der SPD den Fall Rahmig in die Öffentlichkeit brachte. Da man aber befürchtete, in dem Prozeß werden sicherlich eine Anzahl für die SPD-Führer nicht angenommene Dinge zur Sprache kommen, beantragte Schirmer die Vertragung.

Das Gericht hatte auch volles Verständnis für die Lage der SPD und vertragte die Verhandlung auf den 2. Juni.

Wir würden all diese internen Dreigeschichten der Korruption und Verkommenheit hier nicht austrühen, wenn nicht diese Gelehrten sich als die allein wahren Vertreter des Proletariats aufzuspielen und den unverschämtesten Betrug an der Arbeiterschaft begehen würden. Der Fall Rahmig ist an sich doch nur ein Glied in der Kette der Korruptionsfälle, die die SPD kennzeichnen. Wir erinnern an die Barmarmenreute Weiß und Seilmann, die bei diesem holländischen Scheiter dauernd gejossen haben. Wir verweisen darauf, daß ein anderer SPD-Führer, der wieder die Liste der Reichstagskandidaten setzte, 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrenstrafe verurteilt war. Wir erinnern daran, daß erst vor kurzem die NSDAP-Parteibehörden über die Annahme von Korruptionsgeldern von Erdmann durch die SPD brachte. Die SPD nahm damit die Verpflichtung des härteren Kampfes gegen links in ihr Wahlprogramm auf und baute mit den Geldern für die Geschäftungskampagne die jährlichen Parteibüros aus. Diese Angaben der NSDAP sind nicht zu bezweifeln, da beide ja damals Sekretär der SPD war und die Gelder verwaltete.

Unser Berichtsschreiber erfuhr aber weiter durch unseren Berichtsschreiber, daß die SPD-Führer doch noch einen ganz besonderen Begriff von „Ehre“ haben. So ließ Schirmer der Frau des Rahmig durch seine Frau sagen: Der beste Weg, die Ehre der SPD und der Frau zu erhalten, Rahmig wieder herzustellen, sei, wenn Rahmig die Pistole nehmen und sich erschießen. Die wilhelminischen Offiziere und die absterbenden Adelsstalten verstanden es auch nicht anders.

Das ist wirklich eine besonders zur Vertretung der Arbeiterschaft geeignete Partei, in der die großen Schuster und Gauern sich als die Volkspatrioten aufzuspielen, die höchsten Stellen einzunehmen.

Das ist sicherlich die richtige Partei für das Proletariat, deren „Ehre“ durch den Selbstmord eines seiner Schusterle wieder hergestellt wird.

Diese Gesellschaft wagt es aber, vor die Arbeiter zu treten und mit Lüge und Verleumdung über das revolutionäre Proletariat herzufallen.

Arbeiter, wollt ihr dieser korrupten Gesellschaft folgen? Keine Stimme diesen Gelehrten.

Wählt am 20. Mai Liste 5: Kommunisten!

## Blutiger Mai in Warschau

Die Sozialistischen schleichen in die kommunistischen Demonstrationen — Verlogene Berichterstattung der SPD-Presse

Warschau, 3. Mai. (Eig. Drahtmeldung.)

Am 1. Mai waren die Straßen Warschau von den Arbeitersoldaten beherrscht. Der Generalstreik war vollständig. Nicht nur die Arbeiter, sondern auch der gesamte Straßenbahnerverkehr waren stillgelegt. Die Kommunistische Partei veranstaltete auf dem Theaterplatz eine Kundgebung, bei der die beiden Sejmabgeordneten Warski und Spulka sprachen hielten. In der Nachbarschaft fand eine sozialdemokratische Kundgebung statt. Blößlich eröffnete die Massenwelle Sozialfascisten, Stoctruppen der Sozialdemokratischen Partei, die sogenannten Bojowki, ein regelrechtes Schnellfeuer auf die völlig unbewaffnete Menge der kommunistischen Demonstranten. Der Anlaß dazu sollen Reibereien zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern gewesen sein. Zu Fuß und zu Pferd herbeigeeilte Polizei sperrte alle Nebenläden des Theaterplatzes ab und hieß die vor dem Feuer der sozialdemokratischen Schlägen fliehende Menge zurück. Die Sozialfascisten ließen mit Gummiknüppeln auf Frauen, Kinder und Jugendliche ein.

Nach den letzten offiziellen Meldungen forderten die Zusammenstöße 9 Todesopfer und über 400 Verletzte ausschließlich auf Seiten der Arbeiterschaft. Später griff die Polizei auch auf dem Theaterplatz selbst wiederholzt zur Unterdrückung der sozialdemokratischen Stoctruppen gegen die Kommunisten ein. Über 200 Kommunisten sind verhaftet worden.

Die bürgerliche Presse lobt die lokale Hilfe, die die Stoctruppen der PSP der Polizei geleistet haben. Im Gegenzug zum Polizei- und bürgerlichen Blättern, die die Zusammenstöße in Warschau zu hinterziehen, haben die Kommunisten die Sozialdemokraten angegriffen, wird von anderen bürgerlichen Blättern, vor allem von dem Sonderberichterstatter des Berliner Tagesspieles, des Volksanzeigers und der Volkszeitung die obige Meldung bestätigt, daß die sozialdemokratischen Stoctruppen die kommunistische Demonstration mit Gewalt überstiegen.

Das Berliner Tagesspiel iherzoi u. a.: „Ein großer Kommunistenzug verläuft durch eine Nebenstraße ab zu ziehen, die jedoch von einem starken Polizeiaufgebot abgedrängt wird. Es macht fehlt, wie jedoch auf eine legalistische Bojowka, und eine massive Schlägerei entstand.“ Die Menschenmassen brachen sich schließlich durch Juridizität in die Nebenstraßen hinaus. Hier fiel ein kommunistischer Stoctrupp einer legalistischen Bojowka in die Hände, die die Kommunisten in furchtbarer Weise verprügelte.“

Aus diesem Bericht geht ganz klar hervor, daß die Sozialfascisten die Angreifer waren. Die Sozialdemokraten arbeiteten mit der Polizei-Polizei Hand in Hand. Die verlogene Darstellung der SPD-Presse wird durch die Darstellung des Berliner Tagesspieles vollständig widerlegt. Die SP befindet sich in Polen schon vollständig im Lager des Faschismus.

## Verheerender Zylon über Bulgarien

Sofia, 2. Mai. (Telunion)

Gestern nachmittag wurde die vom bulgarischen Erdbeben aus 50 Kilometer entfernte Stadt Stara Zagora von einem aus der Richtung Rostow kommenden Zylon schwer heimgesucht. Eine Anzahl Häuser wurden zerstört, viele Dächer abgedeckt und weit in die Luft geschleudert. 50 Personen fielen schwer verwundet worden sein. Über die Anzahl der Todesopfer ist noch nichts bekannt. Der Zylon war von hier aus unterirdischen Röhren begleitet. Die telefonische Verbindung zwischen Stadt Zagora und Rostow ist

# Scheinradikalismus und Reaktion

**Das doppelte Gesicht der SPD: wie sie den Mietwucher unterstützt und den Kampf dagegen heuchelt**

In Sachsen hat die SPD ihren Wählern und den Arbeitern immer ein scheinradikales Gesicht gezeigt. Mit diesem Scheinradikalismus führt die SPD die Arbeiter, um die Reichspolitik der SPD zu bedenken und einen geschäftigen und boshaften Kampf gegen die Kommunisten zu führen. In Preußen, wo die Sozialdemokratische Regierungspartei ist, verhält sie sich direkt entgegengesetzt.

Einige Beispiele und Gegenüberstellungen mögen das hier zeigen:

## Preußische SPD für die Lockerung der Wohnungsgewaltswirtschaft

Die Mehrheit des Preußischen Landtages beschloß Anfang 1927 die Lockerung der Wohnungsgewaltswirtschaft. Vorher hatte der Minister für Volkswohlfahrt eine Verordnung über die Aufhebung des Mieterschutzes für gewerbliche Räume erlassen (Hirschfelder-Verordnung).

Die kommunistische Landtagsfraktion stellte hierauf am 17. Februar 1927 folgenden Antrag:

„Das Staatsministerium wird beauftragt, die Verordnung des Herrn Ministers für Volkswohlfahrt vom 11. November 1926, betreffend die Aufhebung des Mieterschutzes für gewerbliche Räume, sofort zurückzuziehen.“

Dieser Antrag wurde von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion abgelehnt.

## Sächsische SPD dagegen

Die sächsische sozialdemokratische Landtagsfraktion stellte nach dem Erlass der Hirschfelder-Verordnung einen Antrag, in dem sie auf die Wohnungsbauprogramm des NSDAP, das Anfang 1926 den Reichs- und Länderelegierungen zur Durchführung übermittelt wurde. In ihrem Antrag vom 13. Dezember 1926 forderte die sozialdemokratische Landtagsfraktion, daß die sächsische Regierung auf das Reich einwirken solle, daß die Aufwertungssteuer in voller Höhe für den Wohnungsbau verwendet werde:

„daß die Gewerbehaltung des Wohnungsgewerbes aufrechterhalten, daß der Mieterzuschuß nicht gelöscht und daß insbesondere auch der Schutz für gewerbliche Räume nicht durchbrochen wird.“

Nach dem Erlass der Hirschfelder-Verordnung brachte die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Sachsen einen Antrag ein, der gegen die Hirschfelder-Verordnung richtete und für Sachsen eine solche Verordnung verhindern sollte. Der Antrag wurde am 1. Februar 1927 eingebracht und hat folgenden Wortlaut:

„Die Verordnung des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 11. November 1926, nach der die Geschäftsräume von den Vorstufen des ersten Abschnittes des Reichsgesetzes über Mieterzuschuß und Mietsteuergewährung ausgenommen sind, hat eine gewaltige, teilweise bis zu 100 Prozent gehende Steigerung der Mieten für gewerbliche Räume zur Folge gehabt.“

Der Landtag wolle beschließen:

„die Regierung zu erläutern, von einer solchen Verordnung für den Freistaat Sachsen unter allen Umständen abzusehen.“

## Die preußische SPD für Mielpreissteigerung

Im Jahre 1927 ist die Heraufsetzung der Mieten von 100 auf 120 Prozent der Friedensmiete auf dem Wege der Reichsverordnung erfolgt. Am 1. April 1927 erfolgte eine 10prozentige Erhöhung und am 1. Oktober 1927 eine nochmalige 10prozentige Erhöhung der Friedensmiete.

Die kommunistische Fraktion des Preußischen Landtages stellte hierzu am 26. Februar 1927 folgenden Antrag:

„Die Reichsregierung hat beschlossen, eine Verordnung zu erlassen, wonach die Miete zum 1. April d. J. um 10 v. H. und zum 1. Oktober d. J. um weitere 10 v. H. gesteigert wird. Bleibt diese Verordnung bestehen, bedeutet dies die meiste Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Millionenmassen von werktätigen Mietern, die Eigentümern von weiteren Lauenden armer Familien, sowie die erneute Vernichtung von vielen kleinen Gewerbetreibenden, die ihre Wohnung beim Geldholt haben.“

Da bei dem geringen Einkommen von Arbeitern, Angestellten, Unterbeamten — insbesondere aber von Erwerbslosen, Kriegsoptfern, Sozial- und anderen Rentenempfängern — eine Erhöhung der Miete völlig untragbar ist, anderseits mit 10 v. H. der Friedensmiete feststellbarem Maße abgesunken sind, wolle der Landtag beschließen, das Staatsministerium zu beauftragen, im Reichsrat:

a) die Verordnung der Reichsregierung, betreffend die Erhöhung der Miete um 10 v. H., aufzuhören;

b) die Heraushebung der Miete auf 50 v. H. der Friedensmiete zu fordern.“

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Preußen lehnte diesen Antrag ab. Die sozialdemokratische preußische Regierung kündigte im Reichsrat für die Miet erhöhung im April und Oktober. Ein Abstimmungsantrag vom 15. März 1927 der kommunistischen Landtagsfraktion, der sich gegen die Haltung der Regierungspartei Preußens im Reichsrat richtete, wurde von den Sozialdemokraten ebenfalls abgelehnt.

## Der Scheinkampf der SPD Sachsen gegen Mielpreis erhöhung

Die kommunistische Landtagsfraktion in Sachsen hat von über dem idiosynkratischen Kampf gegen jede Mielpreissteigerung und die Lockerung der Wohnungsgewaltswirtschaft geführt. Im Februar hat die kommunistische Fraktion hierzu eine große Anzahl von Anträgen eingereicht. Sowohl in den Ausschüssen als auch in den Plenarberatungen erklärte sich die sozialdemokratische Fraktion mit den kommunistischen Anträgen prinzipiell einverstanden. Um jedoch den Gegenzug zwischen der Haltung der sozialdemokratischen Preußenfraktion und der Stellung der Sachsenfraktion an Hand scheinbarer sozialdemokratischer Anträge im Sächsischen Landtage zu illustrieren, sei hier wieder gegeben:

Den Waffen der arbeitenden Bevölkerung droht am 1. Oktober eine weitere schwere Belastung durch die von der Reichsregierung verordnete Erhöhung der Friedensmiete um 10 Prozent. Die Lebenshaltung der Arbeiterschaft wird dadurch erneut verschärft.

Der Landtag wolle beschließen:

„die Regierung zu erläutern,

1. bei der Reichsregierung sofort energisch vorstellig zu werden;

2. mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, daß die in der Leidenschaftlich bekannten Mietern, in Kürze eine weitere Steigerung der Friedensmiete festzuleben, durchkreuzt werden.“

Die SPD in Sachsen stellte also eine Herabstufung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft durch die Erhöhung der Miete

preise fest. Die preußische Regierung beteiligt sich durch ihre Mieterpolitik energisch an der Herabstufung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft und die preußische Landtagsfraktion gibt dazu Unterstützung.

## Preußische SPD für Beseitigung des Mieterschutzes

Ende 1927 wurde im Wohnungsausschuß des Reichstages über eine weitere Einschränkung des Mieterschutzes verhandelt. Eine Bürgerblattdoorlage entstellt im Wohnungsausschuß des Reichstages einen wochenlangen heftigen Kampf. Die kommunistischen Anträge wurden abgelehnt und im § 1 der Vorlage die grundsätzliche Einschränkung des Kündigungsrechtes für die Hausbesitzer beschlossen (gegen die Stimmen der KPD, SPD und Demokraten).

Die sächsische Regierung hat im Reichsrat der Vorlage der Reichsregierung ihre Zustimmung gegeben. Gleichzeitig lehnte die sozialdemokratische Preußenfraktion einen kommunistischen Antrag ab, der am 16. November 1927 eingefordert wurde und forderte, daß der Vertreter Preußens im Reichsrat gegen die Vorlage der Bürgerblattdoorlage Stellung nehmen solle:

„Im Wohnungsausschuß wird zur Zeit die von der Reichsregierung eingeforderte Vorlage zum Mieterschutz behandelt. Diese Vorlage bedeutet einen weiteren Abbau der noch vorhandenen Rechte des Mieterhauses. Mit Rücksicht auf die allgemeine Wohnungsnot, die sich fortgesetzt steigert und verschärft, und im Hinblick auf die schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Gefahren, die der proletarischen Wirtschaft aus dem innerstaatlichen Abbau des Mieterhauses entstehen, muß der Mieterzuschuß unbedingt erhalten und ausgedehnt werden.“

Der Landtag wolle deshalb beschließen:

„Das Staatsministerium wird erlaubt, einen Einfluß auf die preußischen Vertreter im Reichsrat dahin zu machen, daß dieleben für den Fall, daß die Regierungsvorlage zum Mieterzuschußgesetz im Reichsrat zur Annahme gelangt, im Reichsrat dagegen stimmen, oder sowohl bei ihrem ablehnenden Standpunkt schon zum Ausdruck gebracht haben, auf demselben zu verzichten.“

## Sächsische SPD gegen preußische Regierung

Im Wohnungsausschuß des Sächsischen Landtages stellte der sozialdemokratische Abgeordnete Rebitzig zur Frage des Mieterzuschusses folgenden Antrag:

„die Regierung zu erläutern:

1. a) bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die noch bestehenden Mieterzuschußbestimmungen unbedingt aufrechterhalten werden;
2. b) die bereits erlassenen Verordnungsverordnungen wieder aufzuheben und ein den Mietern Schutz bedeutendes soziales Mieterricht zu schaffen;
2. in Sachsen dafür zu sorgen, daß
- a) jede weitere Durchbrechung der Mieterzuschußgesetze unterbleibt;
- b) die bereits erlassene Verordnung vom 6. April 1927 rückgängig gemacht wird.“

Auch in diesem Falle zeigt sich, daß die SPD dort, wo sie nicht in der Regierung sitzt, radikale Anträge stellt, während sie in der preußischen Koalitionsregierung das Gegenenteil dessen, was in den sächsischen Anträgen gefordert wird, durchführt.

Die SPD betrifft die Arbeiter. Wer gegen den Mietwucher kämpfen will, wählt bitte S:

## Preußens SPD gegen Schutzbedürftiger vor Mietwucher

Die kommunistische Fraktion des Preußischen Landtages hat am 8. Februar 1928 bei der Beratung des Haushalt des Ministeriums für Volkswohlfahrt:

„Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird erlaubt,

1. beim Reich in der Richtung zu wirken, daß das Wohnungsmangelgesetz vom 26. Juli 1923 über Bekämpfung überflüssiger Wohnräume unverzüglich wieder in Kraft gelegt wird;
2. den Wohnungsmietern den Auftrag zu geben, grundätzlich sämtliche Mieter nach Maßgabe der Familienstärke und der wirtschaftlichen Notwendigkeit umzusiedeln, derart, daß die kinderreichen Familien in die Großstädte, die Kleinfamilien (auch die wohlabendenden) in die Kleinstädte umgesiedelt werden;
3. die Mieter ohne Rücksicht auf die Zahl der zugewiesenen Räume nach Einkommen, Kinderzahl und sozialer Lage anzuladen. Einommen, die das Existenzminimum nicht erreichen, bleiben frei.“

Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunistischen Partei abgelehnt. Auch die sozialdemokratische Landtagsfraktion Preußens stimmte gegen diesen Antrag.

## Sächsische SPD beantragt Schutzmaßnahmen für Bedürftige

Während die Braunkohlenfraktion der SPD im Interesse der preußischen Koalitionsregierung rigoros alle Schutzmaßnahmen im Interesse bedürftiger Mieter ablehnte, gestattete sich die sozialdemokratische Landtagsfraktion Sachsen auch in diesem Falle eine radikale Haltung.

Am 19. April 1927 wurde mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und USPD im Sächsischen Landtag folgender Antrag angenommen:

„die Regierung zu erläutern, Maßnahmen zu treffen, um Rücksichtserachtung, Sozial- und Kleinrentner, sowie Erwerbstätige für eine Bedienstung, die ihnen durch die Mieternachfrage entsteht, kindlos zu halten, sowohl sie nicht unter die Beleidigungserfordernisse des Gesetzes über den Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken (Mietzinsssteuergefecht) vom 15. April 1927 fallen.“

Auf dem Gebiete des Wohnungswesens und des Mieterschutzes hat die preußische Koalitionsregierung als Schriftstellerin mieterfeindliche Politik betrieben. Die Hirschfelder-Verordnung, die Auktionierung der preußischen Vertreter zu den arbeiterfeindlichen Piegelschen im Reichsrat und die Haltung der sozialdemokratischen Preußenfraktion sind das Schönste. Was an Vertret der Mieterrichter möglich war. Für diese Politik ist die gesamte Sozialdemokratie verantwortlich. Daraus entsteht die radikale Anträge der sächsischen SPD, die im direkten Widerspruch zu den Standarten der preußischen Regierung stehen. Auch die ländliche Sozialdemokratie ist für die Koalitionspolitik in Preußen mit verantwortlich.

Dieses gesamte Verhalten zeigt, daß die SPD in Wirklichkeit die Reaktion unterstüzt. In Sachsen ist die SPD nur in Opposition aus Angst vor den Kommunisten. Die Schlußfolgerung des SPD-Führers geht aber auch hier nach den Ministerstellen.

Die SPD betrifft die Arbeiter. Wer gegen den Mietwucher kämpfen will, wählt bitte S:

Köbel, Gräßel, Gräß, Olga Köbel, Renhof.

## Die Kampfbasis der Opposition

den einzigen Weg zum Sieg in unserem Kampf aufzeigt, erzwingen.

Kollegen entscheidet auch alle für die revolutionäre Kampfesführung und stimmt dieser Resolution zu.

Die Gewerkschaftsopposition.

### Geschichtlichkeit

Die Metallarbeiter kämpfen nunmehr bereits die letzte Woche, ohne daß die bisherige Kampftaktik der Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes die Metallarbeiter der Erfüllung ihrer aufgestellten Forderungen näher gebracht hätte.

Die Bewegung hat seit der letzten großen Versammlung eine weitere erneute Verstärkung erfahren. Die Industriellen des Arbeitsgerichtsverbandes, wie auch die Industriearbeiter der Hüttenindustrie haben die Front mit dem Verband Sachsischer Metallindustrieller geschlossen, um den Kampf mit aller Bruthitze zu führen.

Da sich aber gegenwärtig die Bewegung in entscheidendem Stadium befindet, bereiten die Unternehmer

die Generalauspezzierung für das Reich vor.

um so alle Kampfesrennen zur Verfügung zu haben. Die Industriellen haben damit ernst zum Ausdruck gebracht, daß sie diesen Kampf ernstlich zu führen gedenken, um die Forderungen der Kollegen restlos niederzuschlagen.

Das Verhalten der Industriellen zwang die Metallarbeiter, den Kampf zu verstetzen und die Sympathie der Gewerkschaftsarbeiterschaft für sich zu gewinnen, um die aufgestellten Forderungen auch durchzuführen. Das Mittel des Verhandelns und die Taktik der Arbeit ist den Metallarbeitern offenkundig als erfolglos zur Kenntnis gekommen. Die Front der Industriellen kann nur gebrochen werden,

wenn die Arbeit nicht vor dem Schlichtungsdienst hältmacht, sondern alle Mittel zur Verstärkung der Kampffront anwendet.

Zu diesem Zweck begannen die Dresdner Metallarbeiter die Erteilung der Dresdner Ortsverwaltung des DMV, den Kampf auch trocken verbindlich erklärt. Sie protestieren besonders dagegen, daß der Bevollmächtigte, Kollege Köller, prinzipiell das Schlichtungswesen anerkennt und öffentliche Agitation für Kampflosigkeit befürwortet.

Gegen die bisher von der Verbandsleitung begangene Taktik des Jöggers und der unentbehrlichen Kampfesführung erheben die Metallarbeiter ihr höchstes Protest. Sie protestieren besonders dagegen, daß der Bevollmächtigte, Kollege Köller, prinzipiell das Schlichtungswesen anerkennt und öffentliche Agitation für Kampflosigkeit treibt, denn das bedeutet glatten Verfall unserer Forderungen fortzuführen.

Zwei Taktiken sind die Verbandsbürokratie keine Zustimmung zu.

Jetzt gilt es, daß die kämpfenden Metallarbeiter in den Straßen und Belegschaftsversammlungen überall zu dieser Kampftaktik der Opposition Stellung nehmen, sich auf diesen Unterkünften und den Kampf von sich aus führen.



Bericht Schallplatten durch:  
Berichts-Zentrale der KPD, Hugo Oberlein, Berlin C. 25.  
Kleine Alexanderstraße 28.  
Postgeschäfte: Berlin 304 39 Hugo Oberlein.

## Kinder . . .

Di. Ich gehe durchs Proletarierviertel, auf der Straße spielen unbeaufsichtigte Kinder. Kinderheime, Kinderttippen, Spielplätze in genügender Anzahl. Aufsichtspersonal gesucht und vom Staat gut besoldet, fehlt. Wir sind ja ein armes Volk sagt man uns, wir haben kein Geld, uns um Proletarierkinder zu kümmern, wir müssen Panzerkreuzer bauen. Inzwischen rennen spielende Proletarierkinder in die Autos . . . durch eigene Schuld . . . wie die Polizeiberichte des Klassenstaates melden. Ein kleiner, streicher Mund wirkt an mein Ohr die Worte: "Wenn du nicht gleich deine Freude hältst, hau ich dir eine aufs Maul!" Ich löse mich um, eine trocken geballte Faust schlägt einem kleinen Mädchen unter der Nase herum, fällt aber unter meinem Blitzen langsam herunter. Zu der Faust gehört ein Junge, ein Proletarierkind mit blässen, nervösen Zügen, das Mädchen ist keine Gespielin, beide etwa 7jährig. Ich gehe langsam zu den Kindern und frage den Jungen, der trocken mich erwartet, etwas ganz anderes als er denkt. Verblüfft über etwas erwartete, aber ausbleibende Justiz gibt er Antwort. "Hast du Eltern?" — "Ne, bloß ne Mutter." — "So? Wo wohnt ihr denn?" — "Wir wohn hier!" — "Um, wo ist denn deine Mutter?" — (Es ist Mittagszeit) "Meine Mutter ist auf Arbeit." — "Ja, und kannst du nicht zu Hause sein?" — "Ne, Mutter nimmt den Schlüssel mit, wenn ich auf der Straße spielen will." — — Vollkommenes Vertrauen gewann ich mir; — leise, vorsichtig machte ich dem Jungen klar, daß Proletarierkinder sich untereinander vertragen müssen, sich nicht beschimpfen oder schlagen dürfen. Ich habe auch die Freude, daß der Kleine aus eigenem Antrieb erklärt: "Ja, s' war nich richtig. Ich mach's ni wieder!" . . . Ein belangloses Intermezzo? Gänzlich belanglos?? Doch nicht so ganz. Auch an diesem kleinen Beispiel um unbedeutendsten können die Proleten sehen, was der Klassenstaat ihnen und ihren Kindern zu bieten hat. Unbeaufsichtigt, ungeföhrt müssen sich die kleinen Proletarier in die Gefahren der Straße begeben, während Bönen, Gouvernanten und Hausärzte, Ammen, Kindermädchen und Erzieherinnen um das Wohl und Wehe der kleinen Bourgeois sich bemühen. Leib, Geist und Gemüt der kleinen Proletarier muss versinken, kann sich nie seinen Anlagen gemäß entwickeln . . . weil Väter arbeitslos sind, Mütter schwören müssen und Parlamentarier Panzerkreuzerbauten bewilligen, aber den Sozialstaat fürs ultimo. Ihr seht am kleinen Beispiel, Proletarier, was der Klassenstaat euch und euren Kindern gibt. Denkt daran, am 20. Mai.

## Der billige Theaterbesuch

Glück habe ich gehabt: eine Vorzugskarte mit 50 Prozent Preismäßigung hat mir die gutgelaunte Fortuna in die Hände gespielt. Da ich von meinen Einnahmen nur sehr wenig für Theaterbesuch übrig habe, mag die dieser Glücksfall unter allen Umständen ausgenutzt werden. Mit meiner besseren Hälfte mache ich mich also auf die Soden und erziehe an der Kasse zwei Eintrittskarten, die trotz des halben Preises noch immer gepflegt genug waren, ohne ihren eigentlichen Wert durch eine Artikul des Gebotenen besonders zu verzerrn. Will man so ausgenutzt das Allerheiligste des Jugendtempels betreten, muß man sich vorher seiner Garderober an eingerichteten Stellen entledigen. "Auf" 50 Pf. braucht man für die Person zu erlegen, um mit anzusehen zu dürfen, wie für eine Reichsmark die Überkleider zweier Personen auf einen Salat zusammengekauft werden. Die durch den Körper entzogenen Kleider sollen nicht etwa dadurch gedreut werden, es soll die ihnen durch den Körper übertragene Wärme in den selben erhalten bleiben, damit man sie nachher beim Verlassen des Theaters leinen Schnupfen holt. Eine immerhin annehmbare Leistung im Vergleich zu dem geforderten Preis. Die Neugierde auf den zu erwartenden Genuss verleitet mich, ein Programm zu erwerben. Da man anscheinend mit dem Herausgeben des Kleingeldes auf Schwierigkeiten gestoßen ist, hat man den Preis auch auf eine halbe Reichsmark, 50 Pf., festgelegt. Der Besitz des umfangreichen Werkes bringt mir wohnliches Vorgethrüf der zu erwartenden Darbietungen. Auf dem Platz angelangt, stürzt meine Frau und ich auf den Boden. Das Buch aufgeschlagen und eine Jugendtemplatologie entdeckt war das Werk eines Augenblicks. Zum Ende des Programms gehörte schon immerhin der Schachkunst eines Harry Piel. Unseren vereinten Kräften gelang es endlich, sitzam und schwungvoll in einem kleinen Ecken wie ein keusches Jungferlein, das Programm zu finden. Eine halbe Seite des Werkes hätte für seinen Inhalt genügt. Die Vorstellung beginnt, der Geist schlemmt in ollen Kamelen und aufgewärmten faulen Bizen. Aber mit dem Schlemmen des Geistes fordert auch das Fleisch ganz energisch seine Rechte. Da die Direktion durch Scheinwerfer ihre reichhaltiges und billiges Buffet im Foyer empfahl, folgte ich diesem Wink des Schieds. Ich hatte ihn nicht zu bereuen. Eine Apfelkugel ging lässig in meinen Beifall über. Sie kostete nur 40 Pf., während man in irgendeinem Objektivität unverhältnismäßig genug ist. 50 Pf. für drei Stück dieser Sorte zu verlangen. Daß meine Frau auch noch 15 Pf. für intime Zwecke anlegen durfte, nur nebenbei. Die Nebenkosten gerechnet und die 50 Prozent Ermäßigung, unbedingt ein billiger Theaterbesuch! Beim Herausgehen schnappe ich aus einer Unterhaltung einige Worte auf. Die Direktion will den Namen der Künstler mit den Vorzugskarten und sonstigen billigen Begleitercheinungen in "Re-punsholle" ändern. Eine scharfe Sache . . .

## Tanzmatinee Hilde Brumos in der Komödie

Hilde Brumos, die sympathische Solistin der Staatsoper, die als Volksmeisterin nach Kiel geht, verabschiedete sich vom Dresden-Publikum in dieser letzten Eigenveranstaltung. Sie wird nun losgelöst von den Zwangsläufigkeiten der hier untergeordneten Stellung zeigen können, ob sie gefonnen ist, das Gros der "Primaballerinen" zu vermehren oder ob sie vielmehr gefonnen ist, eigenen, wenn auch schwierigeren Weg zu wählen. — Steht man davon ab, wie wenig Erprobtheit überhaupt Bürgerliche Morgenunterhaltung den volkstümlich eingestellten Menschen bringt, so ist unter dieser Einschränkung das Auftreten von Hilde Brumos dennoch erwähnenswert in den Tänzen "Laßt" nach Schubert und "Die Gefangenene" nach Körne. Gab sie uns in "Laßt" kein Beweis, daß sie wohl Träger einer Massenwendung sein kann, so trug (bei alter Normatrat!) das Thema "Gefangenene" allzu individualistische Jüge. Freilich war auch Körnes Begleitmusik "allzu individualistisch" das bewies sich noch an der musikalischen Stütze "Revolution". Hier wurde Körne mit Revolution wechselt. Ein Volksstanz nach Winauwalli war sehr konventionell aufgezogen. — Schließlich ein Bild, das grauenhaft anmutet und das mit dem einen Wort: Bourgeoisie!!! angeprangert ist. — Hilde Brumos tanzt Marienleider. Das Thema der unehelichen Mutter! In Himmelblau. Der Beifall tönt! — Und mit Blumenstrauß und Lächeln verneigte sich Hilde Brumos vor dem wiederkommenden Sonntagvormittagspublikum. — 2 Tage vor dem 1. Mai.

Das Karussell des Todes wurde unter der Leitung von Heinz Paul recht lebendig gedreht. Es läuft zur Zeit im Capitol. Sympathischerweise gibt es hier nur zwei Tote, die Anfang und Ende des Films bezeichneten. Dazwischen die Erfolgsliste des Attaches Edelström (Anton Pointner), als er sein Vermögen verlor, deshalb die Gattin des Bankiers Viviani

## Ein dreißigjähriges Betriebsjubiläum

Bon Klara

Direktionsdirektor und Ingenieur Liebedienst zu dem Jubilar in der Werkstatt bei den Kollegen.

Nun also mein lieber Höll, und lohn' mir ich Ihnen auch im Namen unserer hochgerechnen Direktion viele weitere Jahre Gewandheit, Kraft und Rüstigkeit und hoffe, daß Ihre bewährte und allzeit justizielle Mitarbeiter im Interesse des Betriebes und des Vaterlandes, uns erdaten bleiben möge. Ihre Kollegen wie auch unsere hochgerechnete Direktion wollen höchst auf Sie sein. Sie beiden müssen stolz auf Ihr jetziges Jubiläum sein. 30 tolle Jahre sind Sie nun ununterbrochen und rostlos, in den schwersten Zeiten nicht verzagt, als schwächster Arbeiter in unserem Betrieb tätig gewesen, non dem wohlverdienten Ruhe haben Sie als braver deutscher Bürger Ihre zahlreiche Familie ernährt. Nun denn liebe Kollegen summt hier, an der Stätte ihres Wirkens, hier an seinem Arbeitsplatz an dem er dreißig lange und arbeitsreiche Jahr treu und lohnend die Belange seines Betriebes gewahrt hat, liebe Kollegen, hier stimmen Sie mir mit ein in den Ruf: "Unser Kollege Höll, das Muster eines ehrlichen und ehrlichen deutschen Arbeiters das Beispiel für Pflichtstreue des deutschen Bürgers, er lebe noch lange und er lebe hoch! hoch! hoch!"

Direktionsdirektor und Ingenieur Liebedienst zu dem Jubilar in seinem Büro.

Nun, als mein lieber Höll, was ich Ihnen drausen gezeigt habe, brauche ich ja nicht mehr zu wiederholen. Ich habe Sie ja nur so mit rufen lassen, um Ihnen zu sagen, daß nun also . . . eh! die Direktion sich bewegen fühlt, eine . . . eh! . . . eventuelle Existenzverbesserung von Ihnen . . . eh! . . . in Erwägung zu ziehen. Sie haben uns 30 Jahre treu gedient, hadt nie bei den Unzufriedenen und Aufwiegern gewesen und waren bei all diesen wilden, unverantwortlichen Streiks immer einer der ersten, die auf Verlangen der verschlissenen Direktion Ihre Arbeit wieder aufgenommen haben. Insbesondere dank Ihnen die verschlissene Direktion für Ihre aktive Mitgliedschaft in dem von der Direktion sehr anstrengend unterstützten Wertverein, der uns immer eine gute Hilfe gegen die unbrauchbaren Radikalelemente im West gewesen ist. Nun also, die verschlissene Direktion wird sich, wenn eh . . . vielleicht eh . . . eine Stelle als Vorarbeiter frei wird, eh . . . gerne an Sie erinnern. Und eh als beiodende Gratifikation zu Ihrem Jubiläum soll ich Ihnen im Auftritte der verschlissenen Direktion . . . eh

diese 30 Marl überreichen. Ob nein . . . bitte keinen Dank . . . und was ich noch lagen wollte, ich habe Ihnen vom Betrieb aus für heute Mittag Urlaub bewilligt. Sie können Ihren Jubilaumstag im Kreise Ihrer Familie verbringen. Eh nein, bitte keinen Dank.

Zur Fortsetzung handelt es sich in den Tageszeitungen, gen zu lesen:

"Gestern nachmittag, kurz vor Berichtsschluss, verunglüchtete der 50 Jahre alte Fabrikarbeiter Höll schwer, so daß er in das städtische Krankenhaus gebracht werden mußte. Der bedauerliche Unfall ist darauf zurückzuführen, daß eine Säureflasche in der Werkstatt explodiert und der Verunglüchtige infolge der erlittenen Brandwunden nicht mehr gleich seinen Kollegen flüchten konnte. Eine sofortige Rettung des Verunglüchtigen war durch die lokale Rettungs- und Gasentzündung im Innern des Betriebes nicht mehr möglich. Erst die sofort gerettete Feuerwehr konnte den Verunglüchtigen bergen, der sich inzwischen leider noch eine schwere Gasvergiftung zugezogen hatte."

Am nächsten Tage brachten die Tageszeitungen die falsche Meldung:

"Das gestern gemeldete Opfer des bedauerlichen Betriebsunfalls ist heute nach im städtischen Krankenhaus an den Folgen seiner Verbrennung und Vergiftung gestorben".

Während die meisten Tageszeitungen noch nicht einmal die Urache des Unglücks veröffentlichten, brachte die kommunale Arbeitzeitung einen Kommentar:

"Arbeiter, Gentlemen! Was höll passierte, ist sein Einzelgesetz, das ist Euer aller Schicksal, ist der Massenmord, der im Interesse des Profits der Kapitalbrosen, ununterschreitbar in Euren Reihen wütet. Dieser verputzte, indifferente Arbeiter, Euer Kollege hat 30 Jahre neben Euch gefeuelt, sich geschunden, für die Dividenden der Kapitalsdrohnen. Das war das Ende seines arbeitsreichen Lebens. Eine verbrannte, schwarz vergiftete Leiche, an deren Grab die hochberechtigte Direktion wieder deutscher Arakadistenrönne verglichen wird.

"Das Kapital hat einen Raubmord mehr auf seinem Schuhsohle, aber einer zählt nicht, und es doch täglich hunderte von Höll, die, wenn ausgemergelt und ausgepreßt, gleich ihm verenden. Tiefer tägliche, ungestrafe Raubmord und Massenmord wird erst aufhören, wenn Ihre Arbeiter Schlaf mit der mörderischen kapitalistischen Profitierherrschaft macht. Proleten, schlägt endlich das Nordlicht zumalzen.

**Autogesamtunfall.** An der Kreuzung Schloßstraße Spreegasse ereignete sich gestern ein Autogesamtunfall eines Motorlieferwagens mit einem Zugaus-auto. Die Führer der beiden Autos wurden dabei auf den Bürgersteig geschleudert und erlitten glücklicherweise nur leichte Verletzungen.

**Tödlicher Unfall.** Am Sonnabend wurde in der Wiener Straße der 60 Jahre alte Dienstmännchen Höhfeld von einem Lieferauto einer Striezelner Firma, mit dem Expressgut zum Hauptbahnhof gebracht werden sollte, eingeholt, angefahren und dabei tödlich verletzt. Der Führer des Autos will den Dienstmännchen mit seinem Wagen wegen der ungenügenden Beleuchtung zu spät bemerkt haben.

### Hassadentöteter auf dem Weißen Hirsch

In der Nacht zum 1. Mai ist ein Dieb auf verwogene Weise in eine Villa auf dem Weißen Hirsch eingedrungen. Er schleifte an der Fassade des Hauses empor, stieg über den Balkon und stieß sich während die Bewohner schliefen, durch alle Zimmer. Außer einem etredlichen Geldbetrag wurden Schmuckstücke gestohlen.

**Schrebergartendiebe erbrachen** in der Nacht zum 1. Mai in der Gartenkolonie "Eigentheim" an der Kanonenstraße mehrere Lauben und entwendeten verschiedene Kleinigkeiten. In einer Laube haben die Täter eine zerstörte Hose, 1 Hemd und 1 grünen wollenen Schal mit rotem Kragen zurückgelassen. Die annehmbar gestohlenen Sachen befinden sich in Verwahrung des Polizeipräsidiums, wobei sich der Eigentümer in Zimmer 1a melden kann. Weiter wurde in der gleichen Nacht Ecke Hain- und Theresienstraße eine Trinkbank erbrochen. Der Täter hat den Rolladen quer durchschlagen und dann hochgeschoben. Gestohlen wurde eine größere Menge Instant-Nahrungswaren. Gestohlen wurde eine größere Menge Instant-Nahrungswaren.

**Briefkasten mit Späteleerung.** Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt uns mit: Vom 9. Mai an werden in die Späteleerung von Briefkästen an Wertgegenstände weiter 20 Briefkästen einzbezogen; damit erhöht sich die Zahl der Briefkästen mit Späteleerung in Dresden auf 100. Die neuen Späteleerungsbriefkästen werden wie die jetzigen durch einen gelben Streifen mit der Angabe "Späteleerung" gekennzeichnet; an den Briefkästen ohne Späteleerung ist ein Hinweis darüber angebracht, wo sich der nächste Briefkasten mit Späteleerung befindet.

**Stipendienauszeichnung.** Zu vergeben sind einige städtische Stipendien an besonders befähigte und bedürftige Studierende der Technischen Hochschule zu Dresden vom 2. September ab. Schüler und Schülerinnen des kaufmännischen Kurss der Deutschen Handelskammer der Dresden Kaufmannschaft (Kaufmännischen Handelskammer) tauchen 1a, b, 2a, b, begabte und bedürftige Schüler und Schülerinnen des Konfervatoriums für Musik und Theater zu Dresden, welche nicht mehr im volksfürstlichen Alter stehen und die Musik zu ihrem Berufe gewählt haben. Weiter sind zu vergeben einige Stipendien aus der Tittmann-, Eltz-, Graf-Vobe-Stiftung, dem August-Carl-Schmidchen- und Wittiner-Stipendien-Fonds sowie der Benno-Hänsel-Stiftung. Kinder-Dresden-Einwohner sind in erster Linie zu berücksichtigen. Die Bewerbungsgebühr sind unter Beweisstellung eines beim Fürsorgeamt, Landhausstraße 9, 3, Zimmer 57, erfüllbaren Formulars bis zum 9. Mai 1928 bei der gleichen Stelle einzureichen, bei der auch die Stiftungsbestimmungen eingesehen werden können.

auf Koloratur und Aquarelltechnik Glanzleistungen. Der Vortragende Rich. Peter, Dresden, hatte es schwer, aus der großen Fülle des Materials über den geologischen Aufbau, die mannigfaltigen Formen und Höhlenbildungen und dem geologischen (historischen) Geschehen das Wesentliche den verhältnismäßig zahlreich erschienenen Naturfreunden vorzutragen. All das über Flora, Fauna und die landschaftliche Schönheit der Sächsischen Schweiz Gezeigte ließ den Teil, der sich mit der sozialen Lage der Bewohner dieses von Ausflüglern und Fremden über schwimmenden Gebieten beschäftigte, sehr kurz wegkommen. Hübsch war sogar, wenn man bedenkt, daß die Arbeiterfotografen bestimmt dieses Lichtbildvortrages waren. Immerhin ein beachtlicher Anfang, der bemüht, in welchem Maße das Sächsische in den Dienst des proletarischen Befreiungskampfes gestellt werden kann. Die proletarische Rose fünfzig mehr zu betonen, bei gleicher technischer Vollkommenheit der geweiteten Bilder, bleibt nach diesem Vortrag immerhin noch zu wünschen. Fo-

**Der Kreisverband Dresden der Schreber- und Gartenvereine veranstaltet** am 8. Mai um 14 Uhr in den Anlagen des Parkesparadies ein Frühlingsfest. Diese Gestaltung soll vor allem der Jugend dienen, die in den schlesischen Mietkasernen der Großstadt zu verkümmern droht.

### Zagatalender der Dresdner Theater

**Brotzeittag, Opernhaus:** Wochabend (19), Schauspielhaus (19.30), die Käfigkönige, kein öffentlicher Kartenaufschlag. **Betttheater:** Bettisch und Bettwasser (19.30). **Die Komödie:** Schwarz und Weiß (19.45). **Kollengärtner:** Dresden (20). **Freilichttheater:** Wien spielt auf (20).

**Festtag, Opernhaus:** Festtag von inn. (19.30). **Schauspielhaus:** Männer von Bergedorf (19.30). **Akademie:** Der Star (19.30). **Die Komödie:** Schwan und Vogel (19.30). **Kellentheater:** Wien spielt auf (20). **Freilichttheater:** Wien spielt auf (20).







**Erstklassige Fahrräder,  
Nähmaschinen, Grammophone**  
in größerer Auswahl, auch auf **Teilzahlung**,  
kaufen Sie am vorteilhaftesten bei

**Willy Haak, Fahrradhaus**

**Pirna-Copitz, am Rathaus**  
**Fahrradhaus Kurt Frömmie, Zehista**

**Herren- u. Damen-Fahrräder**

Teilzahlung gestattet  
Reparaturen werden billigst ausgeführt

**Leibbinden v. 3,75 M. an**  
Hüfttormer ..... von 1,90 M. an  
Bundshalter ..... von 0,75 M. an  
samt. bspw. Fransen, wie Spülkannen, Spülgeräte usw.

Breite Wemme, Pirna, Barlbergasse 18

Gewerbe Ausstellung  
sämtlicher  
**Möbel**  
G. Kopprash  
Tischler  
**PIRNA**  
Alte Dresdner Straße

Alle  
**Lebensmittel**  
äußerst billig!  
**Fritz Leuschke**  
Pirna-Copitz  
Pillnitzer Str. 11

**Zur Aufklärung!!**

**Fahrräder für 40, 50 und 60 Mark**

wie die Konkurrenz anbietet, führen wir  
nicht weil wir unsere Kundenschaft vor **Hals- und Beinbruch** bewahren wollen. Auch  
wir bekommen die Fahrräder wagenweise  
von unserer Fabrik und führen ein reich-  
haltiges Lager vom einfachsten, solidesten  
bis zum feinsten Luxusmodell mit 8 Jahre  
Garantie. Trotz billigster Preise

auch auf **Abszahlung, bei sofortiger Kasse 10% Rabatt**

**Fahrrad- fabrik** **Fahrradhaus Frisch auf**

Filiale: **Dresden Könnergasse 17**

am Wallstraßebahnhof

Verlangen Sie unseren Räderkatalog gratis und franko

**Nähmaschinen • Fahrräder**

erstklassige Fabrikate

Grammophone • Schallplatten

Wringmaschinen

billigst bei günstigster Zahlungsweise bei

**Max Kühnert,** Mechaniker-

meister

**PIRNA, Reitbahnstraße 26**

Ecke Breite Straße

Gind's die Augen,

Geh' zu Stein,

Stets wirst Du zufrieden sein!

**H. Stein,** Stahl, arbeitsteilig, Pirna

Breite Straße 31 / Telefon 133

Elefant für lärmliche Frontentoffen

**H**

**Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ostsachsen**

**H**

**FREITAL-DEUBEN**

Louise Oberlein, Obere Dresden Str. 82  
Manufakturwaren und Einzelhandelsgeschäft  
Obere Auguststr. 6

Max Schubert, Wollwaren-Haus

Freital-Deuben, Obere Dresden Str. 123

Heine Fleiß- und Wurstwaren

Obere Elbth. Obere Dresden Str. 123

Wäsche- und Schokoladengeschäft

Marietta Bräuer, Obere Dresden Str. 112

Lehmann's Kind- u. Schweineschlachterei

Fabrik seiner Wurstwaren, Gläserstraße 1

**FREITAL-BURKOK**

Richard Lempke, Spezialgeschäft für Zigaretten,  
Zigarren und Tabakwaren, Freital-Burkok,  
Kohlenstraße 3

Weiß- und Feinbäckerei  
**MAX LIPPOLDT**

Zschiederstraße 8

Astellenwaren- u. Butterhandlung

Richard Göttsche, Bürgelstraße 146

Tischländer im Kaltbachstiel empf. seine  
idealtypisch geleg. Einkehrstätte / Wirtshaus ver-  
bindet Lindenstr. 15 / Ufer-Wirt: Otto Käthner

Kaffee-, Tee- und Schokoladengeschäft

Marie Mutschlin, Bürgerstraße 51

**HEIDENAU**

Metzgerei Wößler, Bismarckstraße 9

Schuhmeyer / Blättern 62251

Modewarenhaus Otto Höfmann

Bismarckstraße 11

Fahrräder / Nähmaschinen

Bernhard Wünche, Königstraße 58

+ Königs-Drogerie und Photogeschäft

Christoph Gunkel, Königstraße 45

Straßburger Gutbazar

Das Spezialgeschäft für alle Herren-  
bekleidungsartikel

Bismarckstraße 2

Rats-Drogerie, Georg Rohland

Drogen, Farben, Chemikalien,  
Säurerien, Weisse, Liköre, Photo-  
artikel

+ Bahnhofstr. 9

**NIEDERSEDLITZ**

Max Schröger, Bahnhofstr. 7

Farben-, Lack- und Seiden-  
Spezialität

62256

Gütenwaren, Haush- und Küchengeräte

Werke für Handwerk, Haushalt, Güten  
Drogerie, Fleischelei, Stägel und Schrauben

Friedrich Günther, Schulstraße 1

62254

Schuhwaren- und Lederhandlung Oskar Wende

Größtes und ältestes Geschäft der Umgegend

Schulstraße 2

**KONIGSTEIN**

Alt. Zeitz, Herrmann-Hering-Straße 127 b

Feine Fleisch- und Wurstwaren

62356

Gasthof Stadt Dresden / Rödelschlächer

Gew. Göbel, Bismarckstraße 85

62357

Schnürwarenhaus Rud. Röhler

Schnürwaren / Bahnhoftstr. 147

62358

Spezialgeschäft für Rauchwaren

Martha verw. Weber, Hainstraße 63

62359

**SCHMIEDEBERG**

Qualitäts-Großuhren

G. Wugel, am Neumarkt 32c

62360

Gewerbe Ausstellung  
sämtlicher  
**Möbel**  
G. Kopprash  
Tischler  
**PIRNA**  
Alte Dresdner Straße

Alle  
**Lebensmittel**  
äußerst billig!  
**Fritz Leuschke**  
Pirna-Copitz  
Pillnitzer Str. 11

**Zur Aufklärung!!**

**Fahrräder für 40, 50 und 60 Mark**

wie die Konkurrenz anbietet, führen wir  
nicht weil wir unsere Kundenschaft vor **Hals- und Beinbruch** bewahren wollen. Auch  
wir bekommen die Fahrräder wagenweise  
von unserer Fabrik und führen ein reich-  
haltiges Lager vom einfachsten, solidesten  
bis zum feinsten Luxusmodell mit 8 Jahre  
Garantie. Trotz billigster Preise

auch auf **Abszahlung, bei sofortiger Kasse 10% Rabatt**

**Fahrrad- fabrik** **Fahrradhaus Frisch auf**

Filiale: **Dresden Könnergasse 17**

am Wallstraßebahnhof

Verlangen Sie unseren Räderkatalog gratis und franko

**BRAND - ERBISDORF**

**Sparkasse und Stadtbank**  
**Brand-Erbisdorf**

Zeitgemäße Zinsen / Hypothekenvermittlung

Gebührenfreier Überweisungsverkehr nach allen Orten  
Deutschlands / Vermittlung aller sonstigen Bankgeschäfte

**Städtl. Elektrizitäts Werk**  
**Brand-Erbisdorf**

Eigene Installation  
Reichhalt. Artikellager  
Billigste Preise

62301

Biergroßhandlung und Fabrik alkohol-  
freier Getränke

Franz Trexler, Pörberstr. 137

empfiehlt Biere der Radeberger Export- und  
Dresdner Feldschlösschenbrauerei

62303

Anna Drechsler, Hauptstraße 187

Schokoladenhaus

62307

Paul Grillmann

Grün- und Fischwarengeschäft

Hauptstraße 69

62309

**Felix Petzold**

Manufakturwaren / Konfektion

Markt 35

62301

**Klippermühle**

Ausflugslokal

62304

**THARANDT**

Bieber u. Sohr, Schuhwarenhaus

Johannesstraße 47/5

62329

Tharandter Bazaar

Parthe 8 Tharandt

62340

**RESTAURANT „ZUR BÖRSE“**

Vereinszimmer / Börsenlokal

62340

**Textil- und Modewarenhaus**

**HANS FRATZKE**

Bahnholzstraße 15

62370

**Karl Paul**

Albertstraße 5

Fuhrgeräte / Holz und Kohlen

62342

**Eisenwaren/Werkzeuge**

Haus- und Küchengeräte

R. Nägele, Dresden Str. 18

62224

**KLEIN-NAUNDORF**

Hermann Meinhardt, Ibb. J. Woll, Haupt-  
straße 10 / Feine Damen- u. Herrenkleider

62327

**GUTHSEE**

Lindner's Restaurant

Inhaber Max